

Neue Enthüllungen in der Iran-Contra-Affäre erwartet

Widersprüchliche Aussagen Reagans — Israel kooperationsbereit

Washington (dpa/AP). Präsident Reagan hat nach Zeitungsangaben vor der Tower-Kommission in Washington widersprüchliche Aussagen über seine Zustimmung zur ersten geheimen US-Waffenlieferung an Iran im August 1985 gemacht. Die „New York Times“ schrieb, der Bericht der von Reagan eingesetzten Kommission, die die Rolle des Nationalen Sicherheitsrats in der Iran-Contra-Affäre untersuchen soll, werde neue, schwerwiegende Enthüllungen enthalten und möglicherweise zur Erhebung von Anklagen gegen bestimmte Personen wegen krimineller Vergehen führen. Zur gleichen Zeit häuften sich wieder Spekulationen über einen Rücktritt von Stabschef Regan.

Zu den Aussagen Reagans vor der vom ehemaligen Senator Tower geleiteten Kommission schrieben mehrere Zeitungen, der Präsident habe dort zunächst erklärt, er habe der Lieferung im August 1985 zugestimmt. Dies widersprach den Aussagen seines Stabschefs Regan vor einem Kongreßausschuß, stimmte aber mit den Äußerungen des früheren Sicherheitsberaters McFarlane überein.

Fast drei Wochen später habe Reagan dann bei seinem zweiten Gespräch mit der Kommission gesagt, er sei mißverstanden worden. Er habe die Lieferung erst im Nachhinein gebilligt. Bei dieser Gelegenheit erklärte Reagan nach diesen Informationen, er habe die Sache mit Regan durchgesprochen und sei zu dem Ergebnis gekommen, die Angaben seines Stabschefs seien korrekt gewesen.

Der Bericht der von Reagan eingesetzten Kommission soll dem Präsidenten am 26. Februar übergeben und anschließend in Auszügen veröffentlicht werden.

Die israelische Regierung hat sich nach Angaben von Kongreßmitgliedern bereiterklärt, bei der Untersuchung der Waffenaffäre durch den US-Kongreß mitzuwirken. Beim Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Schamir in Washington sei vereinbart worden, daß die

israelische Regierung schriftlich auf Fragen über ihre Rolle in der Affäre antworten solle.

Verteidigungsminister Weinberger hat vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses zur Waffenaffäre ausgesagt. Er wiederholte eine frühere Aussage, daß er gegen die Waffenlieferungen an Iran gewesen sei, weil nur wenige Vorteile zu erhoffen, aber große Gefahren zu gewärtigen gewesen seien. Der Minister bestätigte Berichte, daß sowohl Iran als auch Irak, die seit sechs Jahren gegeneinander Krieg führen, von Geheimdiensten der USA beschaffte Informationen erhalten hätten.

AA000103

Spitzendiplomat zum Geiselpoker im Iran

TAZ, 30.1. 87

(Berlin ap/taz) — Im Libanon ist am Donnerstag erstmals eine Frau entführt, kurz darauf aber wieder freigelassen worden. Regierungssprecher Ost nahm die abgebrochene Entführung einer Frau unbekannter Nationalität zum Anlaß, die Aufforderung, Beirut zu verlassen, auch auf deutsche Frauen zu beziehen, die mit libanesischen Staatsbürgern verheiratet sind. Es könnte sich dabei um eine schweizer Mitarbeiterin von „Terre des hommes“ handeln, die vom Lastwagen aus bewaffneten Männern ihre Nationalität zurief, worauf die sie weiterfahren ließen.

Bundesinnenminister Genscher hat inzwischen mit Reinhard Schlagin weitere einen seiner erfahrensten Beamten nach Teheran geschickt. Am Mittwoch hatte der iranische Parlamentspräsident Haschemi Rafsandschani öffentlich bedauert, daß man noch nicht habe helfen können. Dem Vernehmen nach sind neben Vertretern Syriens bereits unmittelbar nach der Entführung der beiden Deutschen auch hochstehende „irani-

sche Persönlichkeiten“ angesprochen worden. Inzwischen haben die Entführer von Cordes und Schmidt Fotos der beiden Firmenvertreter an die Bundesregierung geschickt.

Der führende Al-Fatah-Politiker Abu Ijad sagte am Donnerstag gegenüber der Pariser Zeitung „Le Matin“, Gruppen wie „Hizbollah“, „Dschihad Islami“, und andere schiitische Kommandos seien „für den Iran tätig“. Jedesmal, so der zweite Mann hinter Arafat, wenn es zu Vereinbarungen zwischen Washington und Teheran komme, müßten Millionen gezahlt werden.

Einem befürchteten Austausch des in Frankfurt verhafteten Ali Hamadeh gegen die deutschen Geiseln wollen sich die USA widersetzen.

Meldungen, wonach der anfang der Woche in Frankfurt festgenommene Bruder Abbas Hamadeh die Polizei selbst auf ein Sprengstoffdepot aufmerksam gemacht habe, wurden am Donnerstag von BKA und Bundesanwaltschaft weder bestätigt noch dementiert.

Tgsp. 20.2.87

AA000104